



Beweissicherung nach Vergewaltigung jetzt auch ohne Anzeige Landesweiter Modellversuch in Frankfurt angelaufen

Frankfurt, 1. Juli 2010. Die Dunkelziffer bei Sexualstraftaten ist hoch. Aus Scham und Angst, eine Vergewaltigung öffentlich zu machen, lassen sich viele Betroffene nicht ärztlich versorgen. Sie erstatten keine Anzeige. Um Frauen eine zeitnahe umfassende ärztliche Untersuchung mit Befundsicherung zu ermöglichen, die eine Anzeige zu einem späteren Zeitpunkt unterstützt, hat der Frankfurter Frauennotruf gemeinsam mit der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe und dem Institut für Rechtsmedizin, beide am Klinikum der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt, ein neues Verfahren zur Beweissicherung erarbeitet. Betroffene können jetzt Befunde erheben und kostenfrei aufbewahren lassen, ohne vorher Anzeige zu erstatten.

Die gynäkologische Ambulanz und das Institut für Rechtsmedizin führen Untersuchungen und Sicherstellung im Auftrag der Patientin mit großer Erfahrung und Einfühlungsvermögen durch. Die Rechtsmedizin hat sich bereit erklärt, die von der Universitätsklinik übersandten Befunde vorerst ein Jahr lang kostenlos gerichtsfest aufzubewahren. Entschließt sich die Patientin in dieser Zeit zur Anzeige, übergibt die Rechtsmedizin die Materialien an Polizei und Staatsanwaltschaft. Kommt es zu keiner Anzeigeerstattung, wird das Material nach einem Jahr vernichtet.

Bisher kann nur die Polizei Befunde in den ersten Stunden und Tagen nach einer Vergewaltigung sichern lassen. Dazu ist eine Anzeige der Betroffenen Voraussetzung. Bei der neuen sogenannten „patientInnenbeauftragten Untersuchung“, landesweit erstmalig in Frankfurt eingeführt, kann die Patientin sich nach einer Gewalttat medizinisch untersuchen lassen und zu einem späteren Zeitpunkt Anzeige erstatten. Erst mit diesem Schritt erlaubt sie, dass die ärztlichen Befunde an Polizei und Staatsanwaltschaft übermittelt werden.

Mit dieser Vorgehensweise können Betroffene, die direkt nach der Tat keine Anzeige erstatten möchten, dennoch Beweise sichern lassen. Die entstehenden Kosten sind bei einem Teil der Untersuchung und Behandlung nicht abgedeckt, so dass die Betroffenen unter Umständen selbst zahlen müssen. Die Frauen können sich dann allerdings ohne Zeitdruck nach umfassender Beratung in der Beratungsstelle Frauennotruf sowie bei einer Rechtsanwältin oder nach Rücksprache mit Familie und Freunden entscheiden. Der Weg für eine spätere Anzeige sowie einer fundierten Beweisführung vor Gericht ist geebnet. Gleichzeitig wird eine zeitnahe kompetente medizinische Versorgung geleistet. Betroffene können sich ohne Sorge um die Folgen einem Arzt anvertrauen. So können kurz- und langfristige gesundheitliche Folgen einer Gewalttat durch z.B. die Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten wie HIV und Hepatitis begrenzt werden. Die oft lange anhaltenden psychischen Belastungen können durch eine früh einsetzende Intervention abgemildert werden.

Der Frauennotruf Frankfurt setzt sich dafür ein, dass die medizinische Versorgung nach einer Vergewaltigung vermehrt von Betroffenen in Anspruch genommen wird, auch wenn noch nicht sicher ist, ob die Patientin Anzeige erstatten wird. Bereits 2007 hat die Beratungsstelle Frauennotruf den Befundbogen „Befunderhebung, Spurensicherung, Versorgung bei Verdacht auf sexualisierte Gewalt“ erstellt, um Ärztinnen und Ärzten ein Instrument zur qualifizierten Behandlung und Befundung zur Verfügung zu stellen. Auftraggeber und Herausgeber ist das Hessische Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit.

Umfassende Informationen zum Vorgehen finden Sie unter www.frauennotruf-frankfurt.de, Stichwort „Notfall Vergewaltigung“.

Helfen Sie Frauen in Gewaltsituationen

Bitte veröffentlichen Sie die Telefonnummer des Frauennotrufs: 069. 70 94 94.

Die Beratungsstelle Frauennotruf Frankfurt berät seit fast 30 Jahren Frauen und Mädchen, die Opfer von sexueller oder körperlicher Gewalt wurden, schnell und konkret. Für die Betroffenen ist der Frauennotruf – auch mit Gebärdensprachdolmetscherinnen – kostenlos. Obwohl der Frauennotruf von der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen Unterstützung erhält, ist die Beratungsstelle auf Spenden angewiesen.

Pressekontakt: WBCO, Isabel Seidenabel; Telefon 069. 13 38 80 42; i.seidenabel@wbco.de